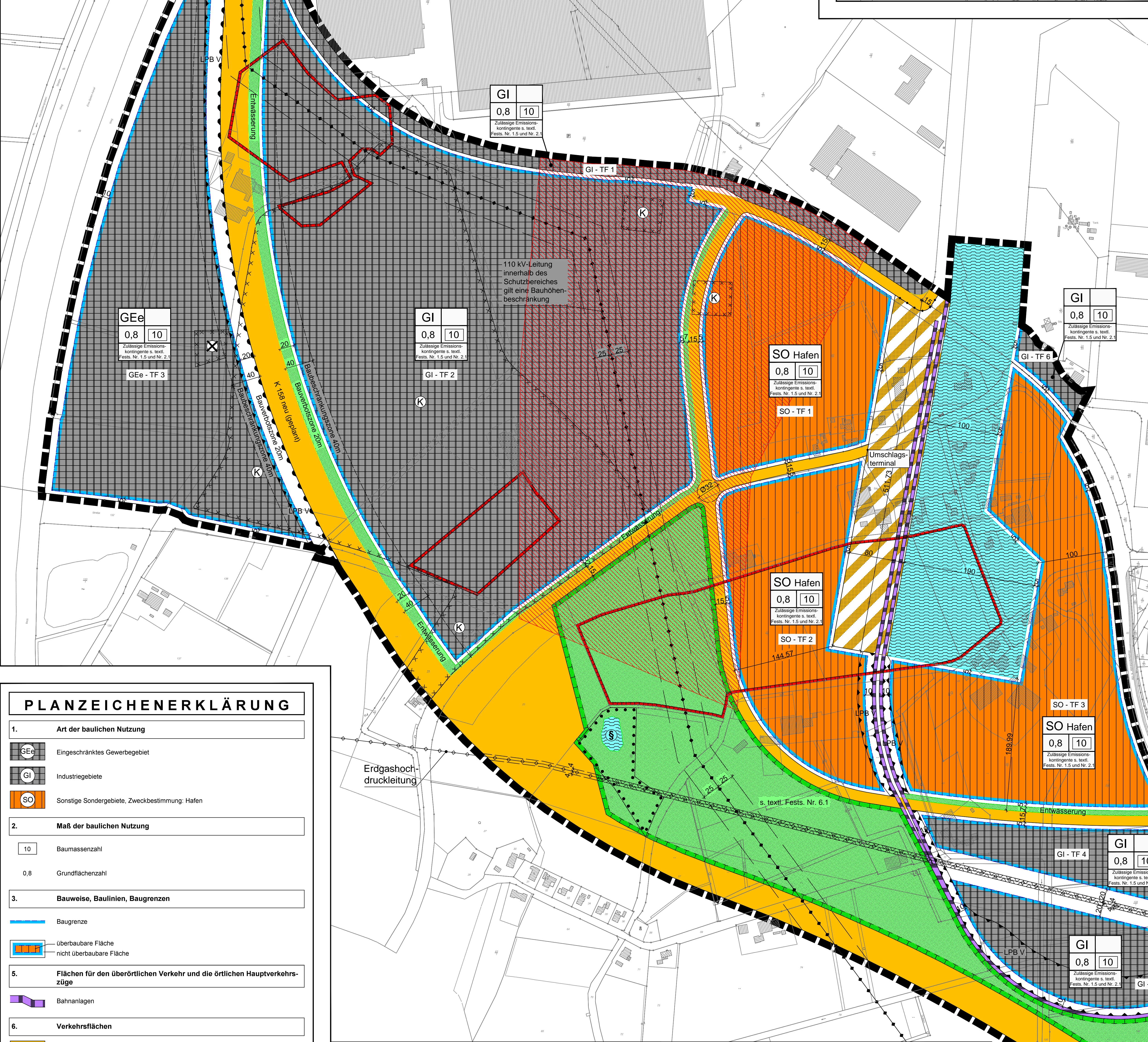
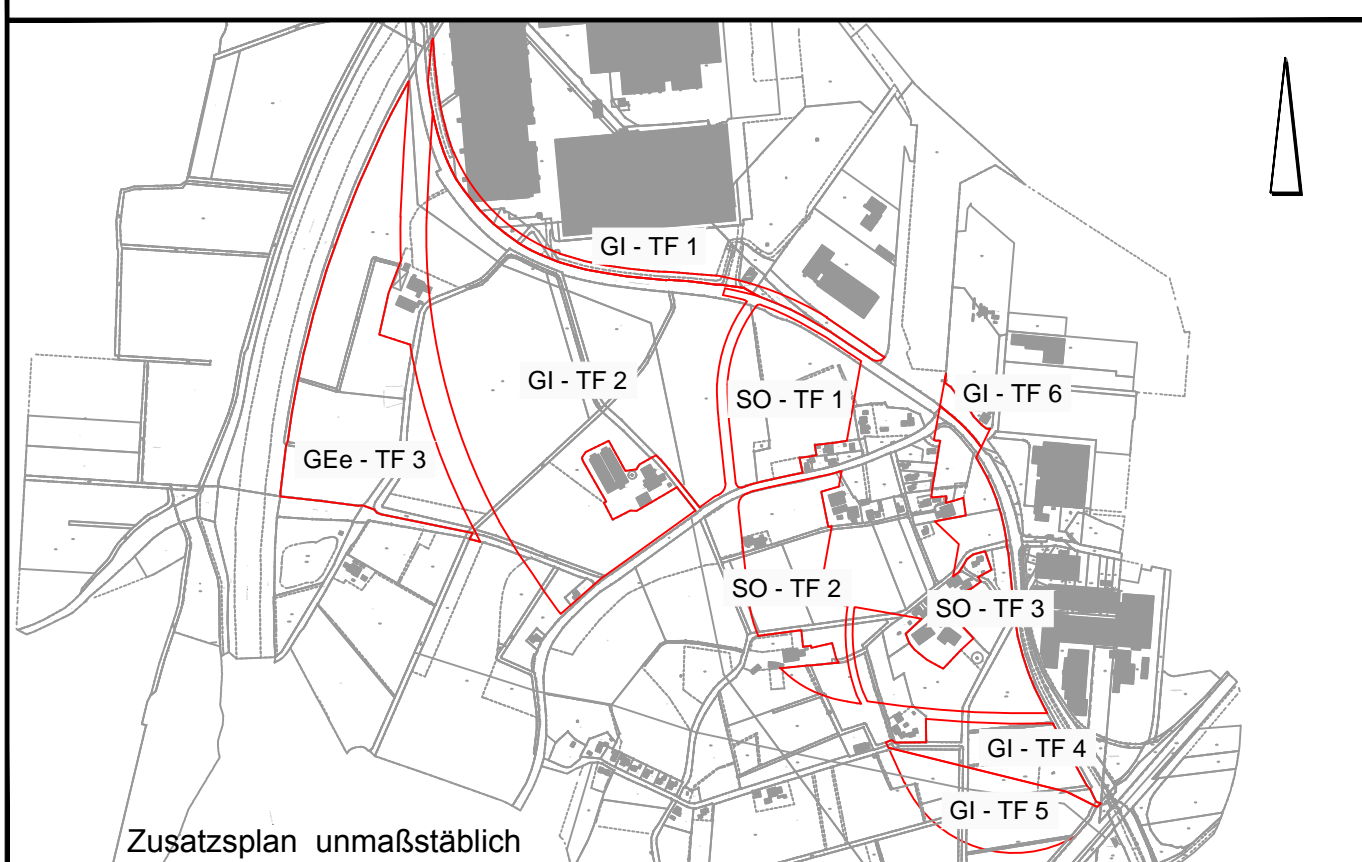


Es gilt die BauNVO 1990

Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung.  
© 2013 Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN)

Abgrenzung der Teilflächen mit Wohnnutzung (s. textl. Fests. Nr. 2)



PLANZEICHENERKLÄRUNG	
1. Art der baulichen Nutzung	
	Eingeschränktes Gewerbegebiet
	Industriegebiete
	Sonstige Sondergebiete, Zweckbestimmung: Hafen
2. Maß der baulichen Nutzung	
	Baumassenzahl
	Grundflächenzahl
3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen	
	Baugrenze
	überbaubare Fläche
	nicht überbaubare Fläche
5. Flächen für den überörtlichen Verkehr und die örtlichen Hauptverkehrswege	
	Bahnanlagen
6. Verkehrsflächen	
	Öffentliche Straßenverkehrsfläche
	Straßenbegrenzungslinie
	Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
	Zweckbestimmung: Umschlagsterminal
	Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

TEXTLICHE FESTSETZUNGEN	
<b>Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB)</b>	
Die planungsrechtlichen Festsetzungen beruhen auf § 9 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548) und der Planzeichenverordnung 1990 (PlanV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBl. I S. 1509).	
1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB i.V.m. § 1 (2) BauNVO)	
1.1 Im Sondernutzungsgebiet mit der Zweckbestimmung „Hafen“ (SO Hafen) sind gemäß § 11 (2) BauNVO hafenorientierte Betriebe mit Bezug zum Hafenumschlag zulässig.	
1.2 Zulässig sind Betriebe des Dienstleistungsgewerbes im Güterverkehr, Spedition, Umschlag und Lagerhaltung, Handel und Gastronomie, hafenbezogene Handwerksbetriebe, ferner Betriebe, sowie produzierendes Gewerbe- und Industriebetriebe, die vom Schiffs-, Eisenbahn- und Straßenverkehr abhängig sind und solche Güterverkehrsformen fördern.	
1.3 Im Industriegebiet GI sind die Ausnahmen nach § 9 Abs. 3 BauNVO sowie Einzelhandelsbetriebe und Maststallanlagen zur Tierhaltung nicht zulässig.	
1.4 Im eingeschränkten Gewerbegebiet GEe sind die Ausnahmen nach § 9 Abs. 3 BauNVO sowie Einzelhandelsbetriebe, Vergnügungsbetriebe und Maststallanlagen zur Tierhaltung nicht zulässig.	
1.5 Die im Bebauungsplan festgesetzten Baugebiete werden gemäß § 1 (4) Nr. 2 BauNVO hinsichtlich der schalltechnischen Eigenschaften der Betriebe in Teilflächen gegliedert. In den jeweiligen Teilflächen dürfen nur solche Anlagen und Betriebe errichtet werden, deren Geräusche die nachfolgend angegebenen Emissionskontingente ( $L_{eq}$ nach DIN 45691) - bezogen auf je ein m <sup>2</sup> der Fläche - weder tags (06:00 Uhr bis 22:00 Uhr) noch nachts (22:00 Uhr bis 06:00 Uhr) überschreiten.	
<b>Emissionskontingente <math>L_{eq}</math> der Teilflächen gemäß DIN 45691</b>	
Teilfläche	$L_{eq}$ in dB(A)
GI: Teilfläche TF 1	67
GI: Teilfläche TF 2	62
GEe: Teilfläche TF 3	56
GI: Teilfläche TF 4	60
GI: Teilfläche TF 5	60
GI: Teilfläche TF 6	60
SO-Hafen: Teilfläche TF 1	62
SO-Hafen: Teilfläche TF 2	62
SO-Hafen: Teilfläche TF 3	61
Für die nachfolgend aufgelisteten Teilflächen erhöhen sich die jeweiligen Emissionskontingente ( $L_{eq}$ ) für den in der Planungsphase festgestellten Richtungssektor B um folgende Zusatzkontingente:	
<b>Zusatzkontingente im Richtungssektor B nach DIN 45691</b>	
Teilfläche	$L_{eq}$ in dB(A)
GI: Teilfläche TF 4	+2
GI: Teilfläche TF 5	+2
SO-Hafen: Teilfläche TF 1	+2
SO-Hafen: Teilfläche TF 2	+2
SO-Hafen: Teilfläche TF 3	+2
Bezugspunkt: $x = 2922266$ (GK) $y = 5884278$ (GK)	
Richtungssektor B: $150^\circ/113^\circ$	
Bezugssache: D, Nord	
Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691:2006-12, Abschnitt 5, wobei für Vorhaben in den aufgelisteten Teilflächen in den Richtungen (6) und (7) für Immissionsorte in den Richtungssektor B $L_{eq}$ durch $L_{eq} + L_{Zusatz}$ zu ersetzen ist.	
Ein Vorhaben erfüllt auch dann die schalltechnischen Festsetzungen des Bebauungsplans, wenn der Beurteilungspegel den Immissionsanforderungen an den maßgeblichen Immissionsorten um mindestens 15 dB unterschreitet (Relevanzgrenze).	
2. Begrenztes Baurecht (§ 9 (2) 2 BauGB)	
2.1 Gemäß § 9 (2) Nr. 2 BauGB dürfen die im Bebauungsplan unter Ziff. 1.5 festgesetzten Emissionskontingente ( $L_{eq}$ ) und Zusatzkontingente ( $L_{Zusatz}$ ) erst ausgeschöpft werden, wenn die im Plangebiet vorhandenen schutzwürdigen Wohnnutzung aufgegeben wurde. Bis dahin gelten in den einzelnen Teilflächen folgende Emissionskontingente ( $L_{eq}$ ):	
<b>Emissionskontingente <math>L_{eq}</math> der Teilflächen gemäß DIN 45691</b>	
Teilfläche (s. Zusatzplan)	$L_{eq}$ in dB(A)
GI: Teilfläche TF 1	67
GI: Teilfläche TF 2	62
GEe: Teilfläche TF 3	56
GI: Teilfläche TF 4	56
GI: Teilfläche TF 5	55
GI: Teilfläche TF 6	70
SO-Hafen: Teilfläche TF 1	62
SO-Hafen: Teilfläche TF 2	52
SO-Hafen: Teilfläche TF 3	54
Die Prüfung der Einhaltung erfolgt nach DIN 45691:2006-12, Abschnitt 5.	
Ein Vorhaben erfüllt auch dann die schalltechnischen Festsetzungen des Bebauungsplans, wenn der Beurteilungspegel den Immissionsanforderungen an den maßgeblichen Immissionsorten um mindestens 15 dB unterschreitet (Relevanzgrenze).	
2.2 Gemäß § 9 (2) Nr. 2 BauGB dürfen auf den im Bebauungsplan schriftlichen Baugeländeflächen Nutzungen, die einer dauerhaften Aufenthalt von Personen erfordern, erst nach Aufgabe der Teilhaltung der im Geltungsbereich liegenden landwirtschaftlichen Bereiche ausgenommen werden.	
3. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 (1) 1 BauGB i.V.m. §§ 16, 17 BauNVO)	
3.1 Die festgesetzte Grundflächenzahl im Sondergebiet SO Hafen darf für die Anlage von Zufahrten, private Verkehrsflächen und Lagerflächen bis zu einer Ausnutzung von insgesamt 100% überschritten werden. Die theoretische Richtung der anfallende Regenwasser ist auf den Grundrissen sicherzustellen.	

8. Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen	
	oberirdische Leitung mit beidseitigem Schutzstreifen
	unterirdische Leitung mit beidseitigem Schutzstreifen
9. Grünflächen	
	Öffentliche Grünfläche
10. Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses	
	Wasserfläche
13. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen oder Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft	
	Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft
	Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern
	Biotope gemäß § 30 BNatSchG (naturnahes naturschutzrechtliches Stillgewässer)
14. Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz	
	Umgrenzung von archaischen Verdachtsflächen

4. Bauweise (§ 9 (1) 2 BauGB i.V.m. § 22 BauNVO)	
Im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 239 gilt die abweichende Bauweise. In der offenen Bauweise mit seitlichem Grenzabstand dürfen die Gebäudelängen mehr als 50 Meter betragen.	
5. Nebenanlagen, Gargen und Stellplätze (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB i.V.m. § 23 BauNVO)	
Innerhalb des Industriegebietes sind gemäß § 23 (5) BauNVO auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen Nebenanlagen in Form von Gebäuden gemäß § 14 BauNVO sowie Gargen und Stellplätze gemäß § 15 BauNVO nicht zulässig.	
6. Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 (1) Nr. 20 b BauGB)	
6.1 Die Grünflächen mit Maßnahmen für Natur und Landschaft gemäß (§ 9 (1) Nr. 20 b BauGB) sind zu 50 % mit standortgerechten Gehölze der beigefügten Gehölzartenwahl zu bepflanzen. Die übrigen Flächen sind der Substratzone zu überlassen. Hier ist die Anlage naturnaher Gevierte im Rahmen von Wasserhaltungsmassnahmen zulässig. Im Bereich der Leihungsstrassen sind die Bestimmungen der Versorgungsunternehmen zu beachten. Der Schutzbereich der Erdgas-Hochdruckleitungen ist von Gehölzplantagen freizuhalten. Im Freileitungsschutzbereich der 110-kV-Leitung dürfen hochwuchrige Bäume nicht angepflanzt werden. Empfohlen werden standortgerechte Wildobst- und Straucharten bis zur Kategorie Großstraucher, mit geringer Wuchshöhe.	
6.2 Innerhalb der öffentlichen Grünflächen mit der Bezeichnung „Entwässerung“ sind naturnah gestaltete Gräben zur Ableitung des anfallenden Regenwassers zulässig.	
6.3 Das anfallende Regenwasser ist dezentral auf den Grundrücken, z.B. in oberirdischen Rückhaltebecken oder unterirdischen Zisternen bzw. Fallrohren, zurückzuführen und mit gedrosselter Ableitung in die vorhandenen und neu herzustellenden Straßen- und Wegeentwässerungen einzuleiten. Das Regenwasser ist vor der Einleitung in die Vorflut durch geeignete Maßnahmen (z.B. Sandfang, Sedimentationsschicht etc.) zu reinigen.	
Die Anlagen zur Rückhaltung und Versickerung bedürfen der Erlaubnis gemäß § 10 Wasserhaushaltsgesetz (WHG). Anträge sind bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises zu stellen. Im Zuge der Dimensionierung der Anlagen ist der maximale Dauerwasserstand (UK Speicherarm, Ablaufhöhe) nicht unter dem mittleren Grundwasserstand anzusetzen.	
7. Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen (§ 9 (1) 24 BauGB)	
Zum Schutz der zulässigen Wohnnutzung vor Verkehrslärm ist in der Planzeichnung Lärmpegelbereiche nach DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, festgesetzt.	
In den Lärmpegelbereichen V und VI sind für schutzwürdige Aufenthaltsräume im Sinne der DIN 4109 die folgenden orientierenden resultierenden Schalldämm-Maße ( $R_{w,ext}$ ) durch die Außenbauteile (Wand, Fenster, Lüftung, etc.) einzusetzen:	
<b>Lärmpegelbereich V</b>	
Büroräume o. ä.: $R_{w,ext} \geq -40$ dB	
Bei der Ausweisung der Lärmpegelbereiche nach DIN 4109, Schallschutz im Hochbau, sind die abweichenden Bauweisen im Einzelfall abzuheben.	
8. Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 (1) Nr. 25 b BauGB)	
In den Grünflächen mit Gehölzhaltungsgelände gemäß § 9 (1) Nr. 25 b BauGB ist der vorhandene Gehölzbestand ist zu erhalten. Abgestorbene Bäume sind durch Planung standortgerechter heimischer Gehölzarten der beigefügten Gehölzartenwahl zu ersetzen.	
<b>Gehölzartenwahl</b>	
<b>Großkronige Bäume</b>	<b>Sträucher und kleinere Bäume</b>
Acer campestre	Corylus avellana
Betula pendula	Crataegus monogyna
Carpinus betulus	Prunus avium
Quercus robur	Prunus spinosa
	Rhamnus frangula
	Salix aurita
	Salix cinerea
	Sambucus nigra
	Sorbus aucuparia
	Viburnum opulus
	Haselnuss
	Engfächeriger Weidensp
	Kopulkräuter
	Tränenröschen
	Schafhe
	Faulbaum
	Grauweide
	Schwarzer Holunder
	Eberesche
	Gewöhnlicher Schneeball

15. Sonstige Planzeichen	
	Umgrenzung von Flächen für Nutzungsbeschränkungen oder für Vorkehrungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
	Lärmpegelbereich
	Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind
	Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind
	Umgrenzung der Flächen, auf denen Bombardierungen und Kriegseinwirkungen erkennbar sind (kriegsbedingte Altlasten)
	Teilflächen unterschiedlicher Emissionskontingente tags/nachts
	Richtungssektor für Schallleistungspegel
	Ausschluss der festgesetzten Nutzung gemäß textl. Fests. Nr. 2
	Baubeschränkungszone
	Bauverbotszone
	Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
	Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplans

2. Innerhalb der Bauverbotszone und auch der Baubeschränkungszone gemäß § 24 Abs. 1 u. 2 NSchG, d. h. 40 m vom befahrbaren Fahrbahnrand der K 158, dürfen keine Werbeanlagen errichtet werden, die geeignet sind, die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf der Landesstraße zu beeinträchtigen.	
3. Im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 239 verläuft eine Erdgas-Hochdruckleitung der EWE Netz GmbH sowie die 110-kV-Leitung Döle-Papenburg der e-on Netz GmbH. Im Bereich der Leitungstrassen sind die Schutzbestimmungen der Versorgungsunternehmen zu beachten. Innerhalb des Leitungsschutzbereiches der 110-kV-Leitung unterliegen die Bauarbeiten geplanter Bauvorhaben und die zulässigen Arbeitshöhen - Höhe über alles - der einzusetzenden Baumaschinen und Geräte (Baukrane und andere Hebezeuge, Baggergeräte, Förderbänder etc.) einer Begrenzung.	
4. Im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 239 sind drei archaische Bereiche bekannt. Möglicherweise verläuft sich hier jeweils ein Bodendenkmal nach § 9 Abs. 4 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (NSchDG).	
Um die Inventarisierung der Befunde ausreichend zu berücksichtigen, muss hier nach § 13 NSchDG im Vorfeld jeder Bau- und Erschließungsarbeiten, z. B. durch ein entsprechendes Gutachten von Sachverständigen, auf dem Anfall durch entsprechende Fachleute geklärt werden, wo und in welchem Umfang weitere Denkmalsucharbeiten erforderlich sind.	
Abhängig von diesem Untersuchungsergebnis ist ggf. eine fach- und sachgerechte archaische Ausgrabung notwendig, deren Umfang und Dauer von der Befundsituation abhängt. Die entstehenden Kosten für die Voruntersuchungen und ggf. notwendigen Ausgrabungen können nicht von der Archaischen Denkmalpflege getragen werden.	
<b>III. Kennzeichnungen (§ 9 [5] BauGB)</b>	
1. Innerhalb des Geltungsbereiches befindet sich die im Altlastenverzeichnis des Landkreises Emsland mit der Bezeichnung „Bökel, Fennabrück“ aufgeführte Altanlage mit der Anlagen-Nr. 454 041 404. Im Bebauungsplan ist diese Fläche gemäß § 9 (5) BauGB gekennzeichnet.	
Zur Beurteilung der Emissionsbelastung (Grundwasser/Bodenluft) und möglicher Beeinträchtigungen im Umfeld der Altanlage sind zur Festlegung einer eventuellen Sanierungsmaßnahme im Rahmen der Altlastenbearbeitung und schutzwürdigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung - Umsetzung § 50 BImSchG - der Kommission für Altlastenbearbeitung (Fassung November 2010) sind zu beachten.	
<b>IV. Hinweise</b>	
<b>Störfälle/Betriebe</b>	
Bei der Ausweisung von Betrieben im Plangebiet ist zu überprüfen, in wie weit dessen Anlagen einen Betriebsbereich (z.B. § 3 Abs. 3a BImSchG) bilden oder Teil eines solchen Betriebsbereichs bilden. Die Regelungen des Luftfahrschutzes, Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Planungs- und schutzwürdigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung - Umsetzung § 50 BImSchG - der Kommission für Altlastenbearbeitung (Fassung November 2010) sind zu beachten.	
<b>Bodenfunde</b>	
Sollen bei den geplanten Bau- und Erdarbeiten ur- oder füllungsarchaische Bodenfunde (das können u. a. sein: Tongefäßscherben, Hohlkeramikansammlungen, Scherben sowie auffällige Bodenverfärbungen u. a.) oder Konzentrationen von Spuren sonstiger Funde festgestellt werden, sind diese gemäß § 14 Abs. 1 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes meldungspflichtig und müssen der zuständigen Denkmalbehörde oder dem Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege (Referat Archäologie - Stützpunkt Oldenburg, Osterstraße 15, Tel. 0441 / 709-210 unverzüglich gemeldet werden).	
Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen, bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen, wenn nicht die Denkmalbehörde vor der Fortsetzung der Arbeiten gestatten.	
<b>Versorgungsleitungen</b>	
Die Lage der Versorgungsleitungen ist den Bestandsplänen der zuständigen Versorgungsunternehmen zu entnehmen.	
<b>Richtlinien</b>	
Die außerordentlichen Regelungen (wie z.B. DIN-Normen oder sonstige Richtlinien) in der jeweils gültigen Fassung, auf die in den textlichen Festsetzungen Bezug genommen wird, können bei der Stadt Papenburg, Fachdienst Planung - Hauptkassal n. 6369, 26877 Papenburg eingesehen werden.	
<b>Teilüberlagerung Bebauungsplans</b>	
Im Inkrafttreten des Bebauungsplans Nr. 239, treten die Festsetzungen in den von der Planung betroffenen Teilbereiche des Bebauungsplans Nr. 230 (Hafengebiet an der Rheiderlandstraße) und des Bebauungsplans Nr. 1 „Industriegebiet Am Seiklar“ außer Kraft.	
<b>Kampfmittel</b>	
Die Gewisse Produktionsfirma Desmet, Kampfmittelbeseitigungsdienst, hat den Hinweis gegeben, dass der Bereich der jetzigen Meyer Werft eine Entfugungsschneise der allierten Streitkräfte gewesen ist. Vor dem Weitergrund können sich in der Nähe der Meyer Werft Kampfmittel befinden, die bei der Weiterentwicklung der Meyer Werft im Rahmen des Baugemeinschaftsverfahrens der allierten Streitkräfte informiert, die einen Bauvertrag für ein Grundstück in Geltungsbereich des Bebauungsplans stellen, und ggf. eine Sondierung bzw. Bauleitungsüberprüfung veranlassen. Sollten dort Kampfmittel gefunden werden, so werden sie im Rahmen der verfügbaren Möglichkeiten auf Kosten des Landes entfernt. Werden keine Kampfmittel gefunden, so trägt die Stadt die Kosten der Sondierung.	
<b>Magnetische Felder entlang der Bahnstrecke</b>	
In unmittelbarer Nähe der elektrifizierten Bahnstrecke der DB AG ist mit der Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindlichen Geräten zu rechnen. Es obliegt dem Eigentümer für Schutzvorkehrungen zu sorgen.	

<b>Verfahrensvermerk</b>	
<b>Auftragsgeschäft</b>	
Der Rat der Stadt Papenburg hat in seiner Sitzung am 20.05.2010 (S. 12.2013) die Aufhebung des Bebauungsplans Nr. 239 beschlossen. Der Aufhebungsbeschluss ist am 20.05.2010 (S. 12.2013) erlassen worden. Der Aufhebungsbeschluss ist am 20.05.2010 (S. 12.2013) erlassen worden.	
Papenburg, den 09.12.2013	gez. Bechtold
Bürgermeister	
<b>Planungsdienst</b>	
Kartengrundlage: Liegenschaftskarte Gemarkung: Bielefeld, Flur: 21, 22, 23 Maststab: 1:1000	
Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung.	
2013 LGLN Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Niedersachsen (LGLN) Regionaldirektion Mapping	
Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des Liegenschaftskarten und werden die räumlichen Beziehungen zwischen den baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach Stand vom Juni 2013. Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen genehmigungsfähig.	
Papenburg, den 28.05.2014	
Katasteramt Papenburg	
gez. Kunkle	
(Unterschrift)	
<b>Planverfasser</b>	
Der Entwurf des Bebauungsplans wurde ausgearbeitet von NWP Planungsgesellschaft mbH, Osterweg 1, 26111 Oldenburg	
Oldenburg, den 04.02.2014	gez. Jänsen
(Unterschrift)	
<b>Öffentliche Auslegung</b>	
Der VA der Stadt hat in seiner Sitzung am 03.12.2013 den Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung ausgearbeitet und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 07.12.2013 öffentlich bekanntgegeben.	
Der Entwurf des Bebauungsplans und der Begründung wurde am 17.12.2013 bis 17.01.2014 gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgestellt.	
Papenburg, den 20.01.2014	gez. Bechtold
Bürgermeister	
<b>Setzungsbefehl</b>	
Der Rat der Stadt hat den Bebauungsplan nach Prüfung des Bebauungsplans gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in seiner Sitzung am 06.03.2014 als Satzung (§ 10 BauGB) beschlossen.	
Papenburg, den 07.03.2014	gez. Bechtold
Bürgermeister	
<b>Inkrafttreten des Bebauungsplans</b>	
Der Bebauungsplan ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am 30.05.2014 in Amtsdienst Landratsamt Emsland Nr. 13 bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan ist am 30.05.2014 rechtsverbindlich geworden.	
Papenburg, den 02.06.2014	gez. Bechtold
Bürgermeister	
<b>Verifikation von Verfahrens- und Formvorschriften und Mängel des Bebauungsplans</b>	
Inwieweit von einem Jahr nach Inkrafttreten des Bebauungsplans und der Verifikation von Verfahrens- und Formvorschriften sowie Mängel des Bebauungsvorganges beim Zustandekommen des Bebauungsplans nicht geltend gemacht werden.	
Papenburg, den 06.03.2014	
gez. Bechtold	
Bürgermeister	
<b>Prüfung</b>	
Aufgrund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) und des § 18 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes hat der Rat der Stadt Papenburg diesen Bebauungsplan Nr. 239 bestehend aus der Planzeichnung und den zugehörigen Texten beschlossen.	
Papenburg, den 06.03.2014	gez. Bechtold
Bürgermeister	

# Papenburg

Offen für mehr

## Bebauungsplan Nr. 239

### "Südlich Rheiderlandstraße zwischen Ems-Seiten-Kanal und Bahnlinie"

Übersichtsplan M. 1:25.000

Februar 2014

M. 1:25.000

Eschenweg 1  
26111 Oldenburg  
Postfach 3867  
26028 Oldenburg

Tel. 0441 97174-0  
Telefax 0441 97174-73  
E-Mail: info@nwp.de  
Internet: www.nwp.de

Planungsgesellschaft nwp NWP